

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

## Alle stehen jetzt in der Verantwortung!

**Nr. 274.03 / 24.10.2003**

Zur gemeinsamen Erklärung der kommunalen Landesverbände, der Landesverbände der freien Wohlfahrtspflege und des Bildungsministeriums zur den Kindertagesstätten erklären die bildungspolitische Sprecherin, **Angelika Birk**, und der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, **Karl-Martin Hentschel**:

Wir begrüßen, dass alle Akteure erstmals ein klares Bekenntnis dazu abgeben, dass es keine finanziellen Kürzungen bei den Kindertagesstätten geben soll und dass die Qualität der Kindertagesstätten auf dem jetzigen Niveau erhalten bleiben soll. Wichtig ist uns die deutliche Aussage, dass der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten gestärkt und dazu eine neue Vereinbarung erarbeitet wird.

In diesem Rahmen werden wir weiterhin dafür eintreten, dass bei einer solche Vereinbarung auch die Evaluation der Kindertagesstätten unter Beteiligung der Eltern sichergestellt wird. Darüber hinaus begrüßen wir den gemeinsamen Willen, ein neues Finanzierungsmodell zu erarbeiten, das endlich zu einer gerechten Verteilung der Finanzen führt.

Wir verstehen die Skepsis der Eltern und Beschäftigten vor Ort. Auch wir sehen weiterhin das Problem, dass eine solche Erklärung keinen rechtsverbindlichen Charakter hat. Es bleibt jetzt abzuwarten, wie die Beratungen in den Verbänden und Kommunen verlaufen werden.

Wir werden die beteiligten Verbände und die Kommunen daran messen, ob sie ihre Zusagen einhalten. Sollte die Zusage, dass die Mindestverordnung weiterhin Orientierungsrahmen bleibt, nicht eingehalten werden, dann müssen Regierung und Gesetzgeber kurzfristig reagieren und gegebenenfalls die Mindestverordnung wieder in Kraft setzen.

Wir werden und darüber hinaus dafür einsetzen, dass ElternvertreterInnen in die Steuerungsgruppe einbezogen werden und dass Verstöße gegen die getroffenen Vereinbarungen direkt an die Steuerungsgruppe gemeldet werden.

\*\*\*